Widerspruch gegen Kreisumlage

PLEISWEILER-OBERHOFEN: Wegen Streichung der Kostenübernahme für Maxx-Tickets bei Schülern Rat verärgert

Die Gemeinde Pleisweiler-Oberhofen will weiter dafür kämpfen, dass die rund 50 Kinder der Gemeinde das Maxx-Ticket für den Bus zur Schule vom Kreis bezahlt bekommen. In der jüngsten Gemeinderatssitzung wurde beschlossen, wegen der Einstellung der Kostenübernahme seit Beginn des Schuljahres Widerspruch gegen die Zahlung der Kreisumlage einzulegen und eine Resolution an das Land zu schicken.

Den engen Schulweg in der Weinstraße halten die Ratsmitglieder für „besonders gefährlich". Deshalb fordern sie, dass der Kreis auch in Zukunft die Busfahrkarten für die Schüler finanzieren muss. FOTO: VAN

Das Schulgesetz des Landes, das einen Schulweg bis vier Kilometer ohne Bus zumutbar findet, soll geändert werden. Zur Erinnerung: Seit Beginn dieses Schuljahres bezahlt die Kreisverwaltung Kindern, die weniger als vier Kilometer Weg zur Schule haben, das Maxx-Ticket nicht mehr. Auch nicht in Härtefällen. Der Kreis war vom Landesrechnungshof aufgefordert worden, freiwillige Leistungen einzusparen. Im Schulgesetz ist vorgesehen, dass der Kreis die Beförderungskosten nicht übernehmen muss, wenn der Schulweg weniger als vier Kilometer beträgt und keine „besondere Gefährlichkeit" aufweist.

Protestaktionen, Resolutionen und Gespräche von Vertretern aus Pleisweiler-Oberhofen und anderen betroffenen Gemeinden haben bisher nichts genützt. Ortsbürgermeister Roland Gruschinski (CDU) informierte in der Ratssitzung über das Schreiben von Verbandsbürgermeister Hermann Bohrer an Landrätin Theresia Riedmaier. In weiten Abschnitten seien die angedachten Schulwege für Kinder als „besonders gefährlich" einzustufen, so Bohrer, sowohl die Strecke von Pleisweiler-Oberhofen als auch die von Kapellen-Drusweiler zum Schulzentrum in Bad Bergzabern. Als Ergebnis einer Ortsbegehung im August mit Vertreten der Polizeiinspektion Bad Bergzabern und des Landesbetriebs Mobilität in Speyer wurde festgehalten, dass „die Weinstraße als Schulweg für die aus Oberhofen kommenden Kinder eher als ungeeignet bezeichnet wird".

Trotz aller Gegenargumente lenkt der Kreis nicht ein. „Aufgrund der äußerst schwierigen Finanzlage des Kreises sind wir zur strikten Sparsamkeit gezwungen und darüber hinaus gehalten, keine neuen freiwilligen Leistungen zuzusagen", teilt Landrätin Theresia Riedmaier in einem Schreiben vom 21. August an die Gemeinde mit. Die Auffassung der Gemeinde, dass die Ortsdurchfahrt eng sei, teile sie. Sie vermute aber, dass diese vorwiegend von Bürgern der Gemeinde genutzt werde, so Riedmaier.

„Im Moment haben wir nur die Möglichkeit, Widerspruch gegen die Kreisumlage einzulegen", sagte Gruschinski. Sie beträgt für dieses Jahr rund 269.000 Euro. Zudem soll der Bauausschuss die aufgestellte Messanlage für Fahrzeuge, die durch die Gemeinde fahren, auswerten, da der Gemeinderat keineswegs der Auffassung ist, dass nur Bürger der Gemeinde die Weinstraße nutzen.

Für Aufregung sorgte auch die Kostenerhöhung des Wanderwegekonzepts der Verbandsgemeinde. Im nichtöffentlichen Teil der Verbandsgemeinderatssitzung in der vergangenen Woche war beschlossen, worden rund 30.000 Euro zusätzlich für die Bewerbung der Wanderwege auszugeben. Die Gesamtkosten betragen damit insgesamt rund 240.000 Euro. Für Empörung sorgte im Rat, dass Gruschinski als Mitglied des Verbandsgemeinderates bei der Beratung vor der Tür warten musste und sich zur Sache nicht äußern durfte. „Wenn unser Bürgermeister nicht gehört wird, zahlen wir nicht", empörte sich Ratsmitglied Dieter Schlosser (Wählergruppe Gruschinski).

Das Wanderwegekonzept koste die Gemeinde rund 6000 Euro, zudem zahle man 13.000 Euro an das Tourismusbüro der Verbandsgemeinde und die Erhöhung der Kosten müsse die Gemeinde jetzt noch über die Umlage bezahlen, wurde kritisiert. Die Übernahme der 30.000 Euro Mehrkosten durch die Verbandsgemeinde sei ein „Entgegenkommen an die Ortsgemeinden", meinte Bürgermeister Bohrer in der Ratssitzung. Als Gründe für die Kostenerhöhung nannte er unter anderem, dass Birkenhördt und Böllenborn sich nicht am Wanderwegekonzept beteiligt haben, eine Beschilderung der angrenzenden Verbandsgemeinden erforderlich sei und das Mobiliar des Waldes, wie Bänke, zusätzlich in die Registrierung aufgenommen werden soll. (pfn)